



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

in den Dörfern, Städten und Landkreisen findet ehrenamtliches politisches Engagement seinen Ausgangspunkt und in der kommunalen Selbstverwaltung seinen sichtbaren Ausdruck. Hier ist die persönliche Mitwirkung des Einzelnen an der Gestaltung unserer demokratischen Gesellschaft unmittelbar. Die CDU-Landtagsfraktion steht für Selbstverantwortung und Selbstbestimmung. Wir wollen, dass Entscheidungen so dicht wie möglich am Bürger fallen. Probleme und Aufgaben sollen möglichst eigenständig direkt vor Ort getroffen werden.

Vor uns allen liegen große Herausforderungen. Die Verwaltungsreform, bestehend aus Kreisgebietsreform und Funktionalreform,

soll bis zum Jahr 2011 gesetzlich fixiert werden, der Finanzausgleich ist neu zu regeln und die Finanzierung der sozialen Hilfsangebote ist neu auszurichten.

In den Gemeinde- und Stadtvertretungen, in Kreistagen und Bürgerschaften tragen Frauen und Männer, Junge und Ältere engagiert mit Herz und Verstand Verantwortung. Mitmenschlichkeit, soziale Verantwortung und gesellschaftliches Miteinander prägen die Arbeit vor Ort. Wo Menschen für Menschen da sind, ist die Bürgergesellschaft stark. Die CDU-Landtagsfraktion unterstützt diese Arbeit vor Ort, um eine solide, berechenbare und wertebasierte Politik zu ermöglichen.

Ihr

Harry Glawe
Fraktionsvorsitzender

Handlungsspielraum vor Ort stärken

Auch der Staat kann grundsätzlich nur soviel ausgeben, wie er einnimmt. Die Ausgaben müssen an den Einnahmen ausgerichtet werden. Schuldenfinanzierte Haushalte in Gemeinden, Städten, Landkreisen und dem Land können zwar vorübergehend vertretbar sein, auf Dauer führen sie jedoch zu einer Handlungsunfähigkeit. Deshalb gilt es, Schulden zu tilgen und Rücklagen zu bilden. Schritt für Schritt müssen die Haushalte saniert werden, um wieder Handlungsspielraum vor Ort zu schaffen.

Im Rahmen der anstehenden Diskussionen zur Reform des kommunalen Finanzausgleiches (FAG) werden wir gewährleisten, dass die Finanzausstattung der Gemeinden, Städte und Landkreise auch weiter eine ehrenamtlich gestaltete kommunale Selbstverwaltung ermöglicht. Der Finanzausgleich wird auch künftig gerecht gestaltet sein.



Besser für Familien und Kinder

Die CDU hat mit dem Regierungswechsel im Land einen deutlichen Schwerpunkt auf Kinder und Familien erreicht. Mit dem 1. September 2008 ist der Einstieg in die Befreiung der Eltern von den Kosten der Kindertagesbetreuung, beginnend im letzten Kindergartenjahr (Vorschuljahr), vollzogen. So haben Familien bei einer Ganztagsbetreuung ihrer Kinder z. B. 80 Euro im Monat (960 Euro im Jahr) mehr im Portemonnaie. Für Kinder, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, ist das Mittagessen in Krippe und Kindergarten jetzt kostenlos. Zudem investieren wir bis 2013 insgesamt fast 40 Mio. Euro zusätzlich in den Ausbau der Kindertagesbetreuung im Krippenbereich. All dies wird untersetzt durch einen umfassenden Bildungsplan, der Bildung von Anfang an sichert. Diese neue Politik für mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit gilt es vor Ort zu verankern. Es lohnt sich, ein attraktives Umfeld für Familien und Kinder zu schaffen. Eltern in ihrer Erziehungsaufgabe zu unterstützen ist ein wichtiges Element der Politik vor Ort. Die Lokalen Bündnisse für Familie, die sich in vielen Regionen des Landes gebildet haben, leisten hier bereits heute einen wichtigen Beitrag.



Jugendliche und Senioren einbinden

Der demografische Wandel stellt Mecklenburg-Vorpommern vor neue Herausforderungen. Machen wir deshalb jungen Menschen Mut, sich in Gemeinden, Städten und Kreisen zu engagieren. Wir trauen ihnen viel zu und setzen auf ihre Kreativität. Gleichzeitig sind uns aber auch die Senioren wichtig, die Lebenserfahrung, Kompetenz und Weitsicht mit Tatkraft und Dialogbereitschaft verbinden. Die Älteren in unserem Land können durch ihr Engagement zu einem gesellschaftlichen Klima beitragen, in dem sich Werte verwirklichen lassen und Mitmenschlichkeit leben lässt.

Wir brauchen einen echten Ausgleich der Interessen der Generationen. Nur so können die christlich geprägten Wertegrundlagen der freiheitlichen Demokratie – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – auch künftig gelebt werden.

Nicht allein in Jugendparlamenten oder Seniorenbeiräten kann man sich engagieren. Auch als Kommunalvertreter und sachkundiger Bürger lässt sich direkt Einfluss nehmen. Dazu ermuntern wir.



Gerechtigkeit und Solidarität erlebbar machen

Eine zielorientierte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ist Grundvoraussetzung für eine wirksame Sozialpolitik. Arbeitslosigkeit, Abwanderung und Armut lassen sich nur bekämpfen, wenn Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden. Deshalb konzentrieren wir seit Herbst 2006 die Wirtschafts- und die Arbeitsmarktförderung auf den ersten Arbeitsmarkt. Für die Gemeinden gilt es, begleitend die Chancen des Kommunalkombis noch aktiver zu nutzen. Bund und Land stellen hier umfangreiche finanzielle Hilfen bereit, um sozialversicherte Arbeitsplätze zur Stärkung der kommunalen Strukturen in Gemeinden, Städten und Kreisen sowie bei Wohlfahrtsverbänden und Vereinen zu schaffen. Das Programm gibt Arbeitslosen, die länger als 24 Monate ohne Arbeit sind und mindestens ein Jahr ALG II bezogen haben, neue Perspektiven.

Die Mitarbeit des Einzelnen in Vereinen und Initiativen sowie die ehrenamtliche Übernahme von Verantwortung zeichnet die demokratische Bürgergesellschaft aus. Unsere Gesellschaft lebt von Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren. Ehrenamtliche Arbeit verdient große Anerkennung. Egal, ob in sozialen Einrichtungen, bei der Freiwilligen Feuerwehr, in Vereinen oder in der Kommunalpolitik.



Gemeinsam für Mecklenburg-Vorpommern

Menschen, die sich als ehrenamtliche Gemeindevertreter, Bürgermeister, Stadtvertreter und Kreistagsabgeordnete engagieren, sind sichtbarer Ausdruck der gelebten freiheitlich-demokratischen Gesellschaft.

Am 7. Juni 2009 stellen sich überall im Land Menschen zur Wahl, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, mitzugestalten und sich für andere zu engagieren.

Geben wir das Recht der direkten und unmittelbaren Mitwirkung nicht aus der Hand. Gehen auch Sie zur Wahl!



Das Sorgentelefon der CDU-Landtagsfraktion

Unter der Nummer 0385 525 2244 ist an jedem Dienstag von 12:00 bis 14:00 Uhr die CDU-Landtagsabgeordnete Karin Strenz erreichbar. Sie kümmert sich hier direkt um die Probleme von Bürgerinnen und Bürgern. Durch die zentrale und feste Einwahlnummer bündelt die CDU-Fraktion im Verbund mit den 22 Wahlkreisbüros im Interesse der Bürgerinnen und Bürger ihre Kompetenzen.